



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

StB 38/22

vom
20. September 2022
in dem Strafverfahren
gegen

wegen versuchten Mordes u.a.

hier: undatierte, am 8. August 2022 eingegangene Eingabe des Angeschuldigten

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat nach Anhörung des Beschwerdeführers am 20. September 2022 beschlossen:

Es wird festgestellt, dass die undatierte Eingabe des Angeeschuldigten, die am 8. August 2022 beim Bundesgerichtshof eingegangen ist, keine Beschwerde gegen den Beschluss des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs über die Beschlagnahme des Kraftfahrzeugs des Angeeschuldigten vom 1. August 2022 beinhaltet.

Gründe:

1. Der Generalbundesanwalt führte gegen den Angeeschuldigten ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des versuchten Mordes und weiterer Straftaten. Am 1. August 2022 ordnete der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs die Beschlagnahme des vom Angeeschuldigten mutmaßlich für die Tat verwendeten Kraftfahrzeugs zur Sicherung dessen Einziehung an.
2. Mit undatiertem, am 8. August 2022 beim Bundesgerichtshof eingegangenem Begleitschreiben, das die Überschrift "Jesus Worte Nr. 2" trägt, hat der Angeeschuldigte die ihm übermittelte Abschrift des Beschlagnahmebeschlusses zurückgesandt. Mit Zuschrift vom selben Tag hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs den Brief des Angeeschuldigten vorgelegt und erklärt, er helfe der Beschwerde gegen den Beschluss, als die das Schreiben habe ausgelegt werden können, nicht ab.

3 Am 17. August 2022 hat der Generalbundesanwalt Anklage gegen den
Angeschuldigten zum Oberlandesgericht Stuttgart erhoben.

4 2. Die undatierte Eingabe des Angeschuldigten beinhaltet keine Be-
schwerde gegen den Beschluss des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs
über die Beschlagnahme seines Kraftfahrzeugs. Sie ist keiner Auslegung in die-
sem Sinne zugänglich.

5 a) Zwar ist gegen die Anordnung der Beschlagnahme durch den Ermitt-
lungsrichter des Bundesgerichtshofs das Rechtsmittel der Beschwerde statthaft
(§ 304 Abs. 5 StPO). Auch ist es nach § 300 StPO unschädlich, wenn der Rechts-
mittelführer die Anfechtungserklärung, mit der er gegen einen Beschlagnahme-
beschluss vorgeht, nicht als Beschwerde bezeichnet.

6 Die Anwendung der Vorschrift des § 300 StPO setzt jedoch voraus, dass
tatsächlich die Überprüfung einer bestimmten gerichtlichen Entscheidung mit
dem Ziel ihrer Aufhebung oder Änderung begehrt wird und dieser Anfechtungs-
wille aus der abgegebenen Erklärung unmissverständlich hervorgeht. Der Wille
des Erklärenden, gegen eine bestimmte Entscheidung ein zulässiges Rechtsmit-
tel einzulegen, muss deutlich zu erkennen sein. Bei bloßen Unmutsäußerungen
ist dies nicht der Fall. Ebenso wenig liegt eine Anfechtungserklärung allein in der
Mitteilung, mit einer Entscheidung unzufrieden zu sein. Gerade dem Rechts-
unkundigen darf ein - gegebenenfalls für ihn kostenpflichtiges (§ 473 Abs. 1
StPO) - Rechtsmittel nicht auf unsicherer Tatsachengrundlage aufgedrängt wer-
den (vgl. zum Ganzen HK-StPO/Rautenberg/Reichenbach, 6. Aufl., § 300 Rn. 2;
KK-StPO/Paul, 8. Aufl., § 300 Rn. 2; LR/Jesse, StPO, 26. Aufl., § 300 Rn. 4, je-
weils mwN).

7 b) Hier kommt in dem Begleitschreiben des Angeschuldigten nicht dessen Anfechtungswille zum Ausdruck. Vielmehr scheint es sich in Zitaten aus einer religiösen Schrift mit allgemein mahnendem Charakter zu erschöpfen. Der Wille des Angeschuldigten, gegen den die Beschlagnahme des Kraftfahrzeugs anordnenden Beschluss ein zulässiges Rechtsmittel einzulegen, geht auch nicht daraus hervor, dass er die ihm übermittelte Abschrift zurückgesandt hat. Dafür, dass er hiermit die Überprüfung der Entscheidung durch den anordnenden Richter und/oder in einer weiteren Instanz begehrt, besteht kein Anhalt. Das gilt umso mehr, als nach dem Ermittlungsergebnis der dringende Verdacht besteht, dass der Angeschuldigte generell die Ausübung hoheitlicher Gewalt durch die Organe der Bundesrepublik sowie deren Länder nicht anerkennt und die Legitimität staatlichen Handelns in Abrede stellt (s. Senatsbeschluss vom 6. September 2022 - AK 27/22, juris Rn. 7).

8 c) Nach alledem kommt es nicht darauf an, wie prozessual zu verfahren wäre, wenn der Angeschuldigte gegen den Beschlagnahmebeschluss eine Beschwerde (vgl. dazu BGH, Beschlüsse vom 15. September 1977 - StB 196/77 u.a., BGHSt 27, 253; vom 12. November 2020 - StB 34/20, BGHR StPO § 142 Abs. 3 Zuständigkeit 1 Rn. 4 mwN) oder einen anderen Rechtsbehelf eingelegt hätte.

Berg

Paul

Voigt